

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

24.7.1925 (No. 169)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung Nr. 14
Vernachlässigt:
Nr. 958
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. H. H.
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3.— Geldmark einschließlich Zustellgebühr.
Einzelnnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig.
Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite
Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Abat.
Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer
Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangs-
weiser Verbreitung und Konturverfahren fällt der Abat. fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in
denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsstufung erfolgen
Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralbelegregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Deutscher Reichstag

W.D. Berlin, 23. Juli.

In der

Fortschreibung der außenpolitischen Aussprache

stellt Abg. Dr. Haas-Karlsruhe (D.) fest, daß unter dem
Druck der Verhältnisse sich für die Außenpolitik eine breite
Einheitsfront zusammengefunden habe, die jetzt von den So-
zialdemokraten bis zu den Deutschnationalen reicht. Die Befes-
tigung der deutsch-französischen Beziehungen ist die Grundlage
der Gesundung des europäischen Lebens überhaupt. Die Taten
und die Worte Clemenceaus und Poincarés haben in
Deutschland schwere, bittere und böse Empfindungen ausge-
löst. Wir wenden uns an das andere, das neue Frankreich
und sprechen die Hoffnung aus, daß die deutsch-französischen
Beziehungen wieder in einen modernen, freiheitlichen, wahr-
haft demokratischen Geiste ausgestaltet werden. In dieser Hoff-
nung bestärkt uns ein Aufruf, der 102 der besten französischen
Namen trägt und in dem die Befestigung des Artikels 231
des Versailler Vertrages verlangt wird, der nach der Mei-
nung der Unterzeichner zu Unrecht Deutschlands die Klein-
schuld am Kriege zuweist. Die Rechte in diesem Hause sollte
beachten, daß zu den Unterzeichnern dieses Aufrufes Männer
gehören, denen rechtsradikale deutsche Exponenten das Neben in
Deutschland unmöglich gemacht haben. (Hört, hört links.) In
diesem Zusammenhang richten wir an die Regierung und be-
sonders an ihre deutschnationalen Mitglieder die Frage,
warum in ihrem Memorandum die Frage der Kriegsschuld in
keiner Weise erwähnt ist. Wir machen der Regierung daraus
keinen Vorwurf, wir meinen, diese Frage müsse auf andere
Weise gelöst werden. Die Deutschnationalen haben aber doch
immer behauptet, eine Regierung, die sich nicht offiziell gegen
die Kriegsschuldlinge verwalte, begehe Landesverrat. Sie sehen
jetzt alle ein, welch großes Unrecht sie in dieser Frage den
früheren Regierungen zugefügt haben. (Lebhafte Zustimmung
links.)

Bei der Beurteilung des Sicherheitspactes erscheint zunächst
die Idee unsinnig, daß das waffenstarrende Frankreich eine
Gefahr von dem vollständig entwaffneten Deutschland be-
droht. Aber die Tatsache besteht, daß die Weltgeschichte es
noch nie möglich gemacht, daß ein großes arbeitames und
tüchtiges Volk auf Jahrhunderte hinaus unterdrückt und in
Sklaverei gehalten wurde. (Lebhafte Weisfall.) Wir tragen
für das Regierungsmemorandum keine Verantwortung und
lehnen jede Verantwortung dafür ab. Wir wissen nicht, ob
diese Form der Einleitung der an sich berechtigten Aktion
notwendig war, eine Einleitung, die uns leicht neue Fesseln
anlegen kann. Das Memorandum spricht den Verzicht auf
Ersatzleistungen aus. Das ist tief schmerzhaft für uns. Auch
wir wollen nicht, daß Ersatzleistungen wieder zum Kampf-
objekt zwischen Deutschland und Frankreich wird. Wir haben
aber das Recht zu sagen, Ersatzleistungen in keiner Kultur
und Bevölkerung ist deutsch! (Lebhafte Weisfall.) Auch ver-
kennen wir nicht, daß die niederträchtigen Methoden, mit
denen die Oberste Heeresleitung im Kriege die Ersatz-
leistungen behandelte um viele gute deutsche Herzen entzündet
hat. (Sehr wahr links.)

Man hätte erwarten müssen, daß endlich einer von den
Deutschnationalen oder von der Deutschen Volkspartei auf-
gestanden wäre um bekannt hätte: Wir haben den Männern

der früheren Regierungen bitter unrecht mit unseren maß-
losen Angriffen getan. (Lebhafte Zustimmung links.) Ein sol-
ches Verhalten hätten wir verlangen können, die man jahre-
lang in ihrer Ehre gekränkt und denen man die vaterländische
Gefinnung abgeprochen hat, weil wir die Politik gemacht
haben, die jetzt unsere Schmäher auch treiben müssen. Wir
werden auch als Oppositionspartei nicht die Position des
Außenministers dem Auslande gegenüber schwächen. Die in-
nere Herzlichkeit der Beziehungen zwischen Deutschland und
Frankreich kann nicht einsehen, solange noch ein französischer
Soldat auf deutschem Boden steht. (Weisfall.) Wir sind gesund-
sächlich für den Eintritt in den Völkerbund. Aber er muß
zu einem wahren Völkerbund gemacht werden, und darf nicht
eine Koalition der Bestmächte gegen den Osten sein.

Abg. Dr. Vreht (Wirtschaftl. Ver.) bepricht die Frage des
Völkerbundes.

Abg. Reich (V. Sp.): Der deutschen Note stimmt meine
Partei grundsätzlich zu. Bei den weiteren Erörterungen um
den Sicherheitspact muß unbedingt gefordert werden, die
Gleichberechtigung Deutschlands und völlige Gegenseitigkeit
(Weisfall.)

Abg. Graf Reventlow (Völkisch) wendet sich gegen die
Deutschnationalen, bei denen bereits eine wahre Seelenruhe
hinsichtlich der Außenpolitik eingeleitet sei. Entweder man
berzichtet auf Ersatzleistungen oder man verzichtet nicht.
Ein Mittelweg gibt es nicht. Wir meinen, diese Regierung
ist nicht autorisiert, einen solchen Verzicht auszusprechen,
angehts einer taufendjährigen Deutschtätigkeit Ersatzleistungen
und einer ebenfolgenden Zugehörigkeit zu Deutschland. Daß
die Ersatzleistungen, die vor dem Kriege sehr schlecht regiert
wurden, nicht viel für die staatliche Zugehörigkeit zu Deutsch-
land übrig blieben, könne man ihnen nicht über nehmen. (Leb-
haftes Hört, hört, bei der Mehrheit.) Von allen Rednern
hier hat allein der Kommunist Söder die Dinge beim rich-
tigen Namen genannt (Hört, hört). Der Redner wendet sich
zum Schluß gegen den Eintritt Deutschlands in den Völk-
erbund.

Reichstanzler Dr. Luther:

In diesem Augenblick ist es unbekannt, wie sich der
formelle Abschluß dieser außenpolitischen Debatte gestalten
wird. Es steht aber jetzt schon fest, daß eine große Mehrheit
des Reichstages im Einvernehmen der sachlichen Stellungnahme
sich im Einklang mit der Note der Reichsregierung an die fran-
zösische Regierung befindet. Mit dieser Stellungnahme zeigt
der Reichstag, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes
in dieser Frage hinter der Regierung steht. Für die Außen-
politik ist die Zustimmung der einstimmig und unter Gesamt-
verantwortlichkeit eingenommenen Faltung der Regierung ein
besonders Gewicht. Bei den kommenden Verhandlungen muß
sich die Taktik der Sachlage anpassen und kann nicht vorher
erklärt werden. Das Ziel wird immer sein, eine dauernde
Grundlage für den europäischen Frieden zu schaffen. Deutsch-
land kann einen Sicherheitspact nur auf der Grundlage völ-
ker Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit abschließen. (Leb-
haftes Weisfall.) Auch die in den Verträgen festgelegten Rechte,
vor allem das Selbstbestimmungsrecht, dürfen durch neue Ab-
machungen nicht geschmälert werden. Ein Eintritt in den
Völkerbund ist für Deutschland nur möglich, wenn ihm wirk-
lich Gleichberechtigung eingeräumt wird, nicht nur die for-
male Gleichberechtigung der Satzungen, die leicht zum Un-
recht werden kann. Notwendig ist vielmehr die Berücksichtigung

der für Deutschland ganz besonders gelagerten Verhältnisse,
die vor allem im Geltungsbereich des § 16 der Völkerbund-
satzungen für Deutschland sehr abweichend von denen anderer
Länder. Auf die Anerkennung seiner besonderen Lage in die-
ser Frage hat Deutschland ein natürliches Anrecht (Weisfall).

In dieser Hinsicht ist besonders die Abrüstungsfrage akut.
Es ist ein unumgänglicher Zustand, daß in der gleichen Zeit,
in der Deutschland entwaffnet ist, andere Staaten im Gegen-
satz zu den Zusagen des Versailler Vertrages immer weiter
in ihren Rüstungen fortschreiten (Weisfall). Deutschland wird
es niemals zulassen können, daß es zum Aufmarschgelände,
zur Operationsbasis für spätere Auseinandersetzungen seitens
oder innerhalb des Völkerbundes gemacht werden kann. (Leb-
haftes Weisfall.) Kein Zweifel ist darüber aufgetaucht, daß die
endgültige Regelung der jetzt in Erörterung befindlichen all-
gemeinen Fragen möglich ist, wenn alle mit der Entwaff-
nungsfrage zusammenhängenden Fragen und auch die Räu-
mung der nördlichen Rheinlande befriedigend geregelt sind.
Auch das sogenannte Inoffiziationsprotokoll entspricht nicht
dem Geiste der jetzt erstrebten neuen Abmachungen. Für
dang selbstverständlich halte ich, daß die jetzt in Gang befind-
liche Räumung des Ruhrgebietes nicht etwa nur eine Trup-
penverchiebung darstellt (Sehr richtig). In der von mehreren
Rednern in dieser Richtung geäußerten Sorge kann ich mit-
teilen, daß bisher keine Tatsache für die Berechtigung dieser
Besorgnis vorliegt.

Zu mehreren Bemerkungen aus dem Hohen Hause stelle
ich fest, daß nach Auffassung der Reichsregierung hinsichtlich
der Rückwirkung des Sicherheitspactes so verfahren werden
muß, daß diese Rückwirkungen gesichert sind. Wir können
keinen Augenblick vergessen, daß bei allem Eingehen auf die
großen Entwicklungsmöglichkeiten der europäischen Politik und
aller Verbundenheit des deutschen Schicksals mit dieser Ge-
samtentwicklung, es für die deutsche Regierung eine nahelie-
gende Pflicht ist, nach allen Kräften unseren Volksgenossen,
die für das ganze deutsche Volk die schweren Laiten der We-
sagung getragen haben, zu helfen (Lebhafte Weisfall). Ich
benutze die Gelegenheit der großen politischen Aussprache,
um dem deutschen Volke an Rhein, Ruhr und Saar die
Größe des ganzen Vaterlandes zu übermitteln (Lebhafte
Weisfall) und mit besonderer Anteilnahme derer zu gedenken,
deren endgültige Befreiung noch nicht geschlagen hat. (Lebhafte
Weisfall.) Die großen Teile unseres deutschen Volkes
wird am besten gedient werden, wenn die Vorstellung von der
Notwendigkeit eines möglichen Friedens in Europa sich
auch außerhalb Deutschlands immer mehr ausbreitet. Die
deutsche Regierung wird zur Herbeiführung des endgültigen
Friedenszustandes alles tun, was in ihren Kräften steht. (Leb-
haftes Weisfall rechts.)

Abg. Dr. Rosenberg (R.): Nach dieser Rede des Reichstanz-
lers muß man erneut die Frage stellen, wie es mit der Ein-
heitlichkeit der Regierung steht.

Abg. v. Graefe (Völk.): Der Reichstanzler ist mit keinem
Wort auf die Entwaffnungsnote und auf die Luftfahrnote
eingegangen. Die Regierung will offenbar diese Fragen ver-
sumpfen lassen. Wir protestieren gegen die Duldung dieser
Schmach.

Abg. Landsberg (S.) gibt im Namen seiner Fraktion die
Erklärung ab, die Sozialdemokraten stellen mit Genehmigung
fest, daß jeh auch die Parteien der Rechten die Erfüllung-
spolitik treiben, die sie früher bekämpft hätten. Angesichts der

„Staatsumwälzung und
Neuaufbau in Baden“

II.

(Schluß.)

Die Marschroute für die Arbeit in der Landeszentrale der
Arbeiterräte war also glatt gegeben. Die Parole konnte nur
heißen: Wiederherstellung der Ordnung und neuer Aufbau
mit Hilfe aller Kräfte, die guten Willens waren. Deshalb
gestaltete sich auch die Zusammenarbeit mit der vorläufigen
Regierung gut und ziemlich reibungslos. Daß wir Sozial-
demokraten mit den Herren aus dem bürgerlichen Lager an-
fänglich nicht gerade auf dem Fuße absoluten Vertrauens
standen, ergab sich aus dem sehr einfachen Grunde der bis-
herigen, einseitigen politischen Betätigung aller. Gegenüber
der Bestandschauung lassen sich nicht verweisen; es sei denn,
man verleugnet sie. Das zu tun, hat uns niemand zugemutet,
wie umgekehrt auch wir die Überzeugung unserer Partner
achteten. Bürgertum und Proletariat können sehr wohl in
einem Zeitalter der gemischten Gesellschaftsordnung staats-
politisch zusammenarbeiten, sobald nur erst einmal der Wille
zur absoluten Alleinherrschaft gebannt ist. Was die durch
die kapitalistische Wirtschaftsordnung verursachte und dauernd
in Fluß gehaltene Umschichtung des Volkes noch aus sich her-
aus gestalten und formen wird, läßt sich heute schwer sagen.
Einstweilen heißt es zu arbeiten, für seine Ideen kämpfen,
den Staat nach dem Grundfah sozialer Gerechtigkeit aus-
bauen. Einstweilen heißt es sich schiedlich-friedlich vertragen,
damit die Welt nicht noch ein größeres Jammerthal werde, als
sie es ohnedies schon ist.

Ein „Spiegel“ sei ich, hieß es bei den Kommunisten, ein
Kapitalistenföndling, ein „Arbeiterverräter“. Das möchte
noch etwäglich binken. Als ich aber erst als verantwortlicher
Innenminister den neuen, jungen und noch so schwachen

Staat gegen harte Angriffe verteidigte und damit seine Le-
bensfähigkeiten sicherstellen half, da ließ man mich zum
„Bluthund“, zum „Arbeitermörder“ abancieren. Andern
konnte ich auch an diesem törichtem Gerede nichts, so wenig ich
den mir vom meinem Gewissen vorgezeichneten Weg ver-
lassen durfte. In schweren Stürmen und harten Stunden
prüfte ich deshalb öfters die Frage, ob ich auf dem rechten
Weg geblieben. Dann vor allem tat ich das, wenn es in den
eigenen Parteidreien anfang zu taumen, ob mein Handeln
nicht für die Partei eine gar zu harte Belastungsprobe sei.
Das war es sicherlich manchesmal, und da in der Politik eh-
liche Anerkennung gar oft ein fremder Begriff ist, erhielt die
Sozialdemokratische Partei ihre Verantwortungsbereitschaft
manchmal schlecht gelohnt; insbesondere bei den Wahlen.

Da hieß es denn: Festbleiben! Die Zeit wird lehren, ob
unsere Sache und unsere Arbeit gut oder schlecht gewesen war.
Festbleiben konnte ich allerdings nur, weil es gelungen war,
die Aufrüstung der Polizei und deren Ausbildung so zu för-
dern, daß sie als absolut zuverlässige Staatsmacht gelten
konnte. Oft war das heute noch ungelöste Problem: Be-
wässerung und Polizei der Ausgangspunkt des Mißtrauens
gegen die von mir getroffenen Sicherheitsmaßnahmen, so sehr
sich die Polizei auch bemühte, zu beweisen, daß es ihr mit
ihrer höchsten Aufgabe, der Allgemeinheit Schutz und Hort
und der Verfassung des Staates und des Reiches Güter zu
sein, Ernst ist. Die unter meiner Verantwortung vom 7. bis
24. Juni 1925 in Karlsruhe zustande gekommene Internatio-
nale polizeitechnische Ausstellung dürfte wohl jedermann klar
gemacht haben, wie sehr sich gegen früher die Aufgaben der
Polizei verändert haben. Heute schon läßt sich also klarer
sehen, und die zukünftige Geschichte wird es noch mehr be-
weisen, wie richtig es war: Festzustehen! Um die Republik
zu erhalten, deshalb war dies nötig. Sie über die Fäher-
nisse hinweg gerettet zu haben, das war ein Erfolg, der die
Verlästerer verpetzen machte.

Sie zu vergessen war und ist uns so leichter möglich, als ja
längst das Lager der rechtsorientierten, republikfeindlichen
Parteien mit ihren gegen mich gerichteten, zeitweise sehr
scharfen Angriffen für einen billigen Ausgleich sorgte und
noch sorgt. Es gereicht dies zum Trost und gibt Gewähr da-
für, daß es schon der richtige, weil mittlere Weg war, auf
welchem ich mich in der Regierungskoalition bewegte.

Allerdings erhielt die Regierungskoalition ihren inneren
Halt in starkem Maße durch den Umstand, daß sie, im Kampfe
für die Erhaltung der republikanischen Staatsform stehend,
bei wichtigen gesetzgeberischen Vorlagen vieles, was die Ein-
heitlichkeit hätte stören können, zurückstellte. Hält die Konso-
lidierung des Staatswesens weiterhin an, dann wird es in
dieser Richtung auch in Baden ebenso, wie bisher schon in an-
dern Ländern des Reiches anders werden, dann wird nämlich
jede an der Koalition beteiligte Partei wieder ihre partei-
grundständige Stellung zu wichtigen politischen Problemen
— es sei nur an die Steuererhebung und an schulpolitische
Fragen erinnert — stärker zu wahren suchen. Damit droht
der Koalition natürlich auch die Gefahr einer Schwächung,
wenn nicht gar die der Auflösung.

Aber auch die Stellung der Opposition gegenüber der Ko-
alitionregierung erhält jetzt einen klareren Umriß. Von den
vielen von der Opposition aufgegriffenen Streitfragen sei
hier nur eine kurz erörtert, und das ist die Frage der Per-
sonalpolitik der Badischen Regierung. Abweil kämen, so heißt
es, Zentrumskräfte zur Beförderung; die Sozialdemokratie
sehe da interesselos zu, während die Demokratie sich ohne Wi-
derpruch majorisieren lasse. Von den Liberalen kommt die-
ser Vorwurf. Das ist insofern recht interessant, als ja in
Baden zu Zeiten liberaler Alleinherrschaft ein Sozialdemokrat
beim Staat nicht einmal die Stelle eines Amtsbieners erhal-
ten konnte, und als in jener Zeit auch ein dem Zentrum
nahestehender Beamter nicht gleiches Recht wie sein der libe-
ralen Partei zugehöriger Kollege genöß.

Vorbehalte des Reichslanzlers könnten sie aber einem Billigungsantrag für die Regierung nicht zustimmen, zumal diese Regierung alle Lasten des Friedensvertrages auf die Arbeiter abwälzen wolle.

Von den Regierungsparteien ist folgender Antrag eingegangen: Indem der Reichstag über die Mißtrauensanträge der Völkischen und Kommunisten zur Tagesordnung übergeht, billigt er die Antwortnote und die darin zum Ausdruck kommende politische Stellungnahme der Reichsregierung.

Mg. Koch-Weser (D.) erklärt, die Demokraten hätten ein für die Regierung eingebrachtes Vertrauensvotum ablehnen müssen. Dem vorliegenden Billigungsantrag aber würden sie zustimmen, da er sich nur auf die von ihnen gebilligte Außenpolitik beziehe.

Dieser kommt

der Billigungsantrag der Regierungsparteien

zu namentlicher Abstimmung. Sie ergibt seine Annahme mit 235 gegen 158 Stimmen bei dreizehn Enthaltungen. Die weiteren Anträge sind damit erledigt, und die außenpolitische Debatte ist abgeschlossen. Die in Verbindung damit stehenden Ergänzungsausschüsse werden nach kurzer Debatte in zweiter Lesung gebilligt. Nach halb 8 Uhr verläßt das Haus auf Freitag halb 2 Uhr Tagesordnung: Änderung der Personalabbaueinrichtung, Anstaltvorlage und Gesetzentwurf über das Recht zum Tragen der Militäruniformen, sowie kleine Vorlagen.

Wie wir erfahren, gehören die 13 Abgeordneten, die sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten haben, der Wirtschaftlichen Vereinigung an. Fünf Abgeordnete dieser Vereinigung haben sich an der Abstimmung überhaupt nicht beteiligt. Drei haben für das Vertrauensvotum gestimmt.

Der Steuerauschuß des Reichstages genehmigte im weiteren Verlauf seiner Sitzung eine Novelle zur Einkommensteuer, doch konnte über die Höhe der Tarife keine Einigkeit erzielt werden, so daß die Vorlage ohne bestimmte Steuerfüße an das Plenum gelangen soll. Erledigt wurden noch die Jüdischen-, Salz- und Zuckersteuer. Weiter wurden nach längerer Aussprache Anträge der sozialdemokratischen und demokratischen Fraktion auf Unterfertigung von **Tabakarbeitern**, Angestellten und Hausgewerbetreibenden, soweit sie durch Gesetz nachgewiesenermaßen arbeitslos wurden, angenommen, ferner ein Antrag Dr. Brüning (D.) über Verwendung von Bandrollen- und Materialsteuer bei der Zigarette. Für das Inkrafttreten des Gesetzes kommt frühestens der 1. Oktober in Betracht. Dem Antrag des Abg. Julier-Baden (D.), auf Errichtung eines Reichs-Tabakforschungsinstituts wurde einstimmig zugestimmt.

Die deutsche Note u. die Befriedung Europas

In einem Artikel über die deutsche Note zur Frage des Sicherheitspaktes sagt „New York“, zwischen England und Deutschland bestehe über die Frage der Befriedung Europas mehr Übereinstimmung, als zwischen England und Frankreich. Die Regierung Briands werde vielleicht nicht in der Lage sein, heute die in der deutschen Note vertretenen Grundsätze anzunehmen. Immerhin wiesen diese Grundsätze den Weg zur Befriedung Europas.

Neuer erklärt wegen der französischen amtlichen Bemerkungen zu der deutschen Note, daß bisher eine formelle Mitteilung nicht erfolgt sei. Der allgemeine Eindruck, sowohl in Frankreich, wie in England sei aber der, daß der letzte deutsche Schritt eine Tür offen lasse und die Fortsetzung der Verhandlungen ermögliche.

Paris, 24. Juli. Cabas meldet aus London: Der französische Botschafter der Premierminister hatte gestern nachmittags mit Staatssekretär Chamberlain eine wichtige Unterredung. Der Botschafter, der im Laufe des Vormittags eine lange Note des Quai d'Orsay über die Ansichten des Außenministers Briand über die deutsche Note erhalten hat, hat Chamberlain den mit Belegen versehenen Kommentar Briands zum deutschen Memorandum überreicht und zu jedem einzelnen seiner Paragraphen im besonderen entwickelt. Die etwa einstündige Unterredung des Staatssekretärs mit dem Botschafter bedeutet den Beginn einer Prüfung, die aller Wahrscheinlichkeit nach lang und verwickelt sein wird.

W.D. Paris, 24. Juli. Eine Shanghai Meldung der Chicago Tribune besagt: Man schätzt heute den Schaden, den die Engländer infolge des Streiks und des Boykotts in den letzten sechs Wochen erlitten haben, auf 25 Millionen Dollars, und zwar sind davon hauptsächlich die Schiffahrtsgesellschaften und die Baumwollspinnereien betroffen. — Der Schaden der Chinesen wird auf 50 Millionen Dollars geschätzt, so daß also im Ganzen für 100 Millionen Dollar Schaden entstanden ist.

Die Folge einer solchen ungerechten Zurücksetzung war natürlich, daß nach der Staatsumwälzung beim Freiwerden neuer Stellen viele dem Zentrum zuzurechnende Beamte ordnungsgemäß bei der Beförderung berücksichtigt werden mußten. Die Demokratie hatte in der Vorkriegszeit nicht minder Anlaß, über eine Zurücksetzung ihrer im Staatsdienst stehenden Mitglieder Klage zu führen. Eine Behebung dieses Unrechts war im neuen Staat gar nicht zu umgehen.

Wer jedoch behauptet, in Baden habe nunmehr eine andersgeartete Parteiwirtschaft Platz gegriffen, der begeht ein Unrecht. Jedenfalls haben die Beamten keinen Anlaß zu derartigen Beschwerden. Gewiß finden heute bei der Auswahl junger Anwärter für alle Befoldungsgruppen jetzt auch Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumsanhänger Berücksichtigung. Voraussetzung aber ist, daß die Anwärter über die erforderliche Qualifikation verfügen. Dieses Erfordernis ist auch bei den Beförderungen und Beförderungen in erster Linie ausschlaggebend. Das Dienstalterprinzip findet erst an zweiter Stelle Anwendung. Für eine Spitzenstelle mit besonders großen Anforderungen kann vernünftigerweise nur der beste Anwärter berufen werden; nur das dienstliche Interesse darf die Entscheidung beeinflussen.

Auch die Auffassung von einer ungerechten Beeinflussung der Minister durch ihre Parteigenossen bei Stellenbesetzungen ist vollkommen irrig. Zuschriften in Personalangelegenheiten gehen in den Geschäftsgang. Ein Minister, der sich zum Werkzeug von unlauteren Stellenansprüchen mißbrauchen lassen wollte, hätte bald ausgespielt. Solch ein Mißbrauch der Dienstgewalt hat noch immer sehr bald sein Korrektiv gefunden. Selbstverständlich laufen gelegentlich Empfehlungen in Personalangelegenheiten ein — genau wie das auch im alten Staat der Fall war —; aber solche Empfehlungen bieten keinen Anlaß, den Weg sachlicher Erledigung zu verlassen. Es gibt in der badischen Politik ganz andere Fragen, die Grund zu Besorgnissen geben. Der Kampf um das Problem

Politische Neuigkeiten

Das Zollkompromiß

Im Handelspolitischen Ausschuß des Reichstages wurde zu Beginn der Mittwochsitzung vom Vorsitzenden, Abg. Perlitius, das Zollkompromiß bekannt gegeben, das sich aus sechs Einzelanträgen zusammensetzt. Die Anträge sind unterzeichnet von der Deutschen Nationalen Volkspartei, von der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Ein Antrag ist auch von der Völkischen Arbeitsgemeinschaft unterschrieben.

Das Kompromiß gibt in seinem ersten Antrag der Reichsregierung die Ermächtigung, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses mit Zustimmung des Reichstages und eines Ausschusses des Reichstages die Eingangszölle für zollpflichtige Waren zu ändern oder aufzuheben und nach dem Zolltarif zollfreie Waren mit einem Eingangszoll zu belasten.

Im zweiten Antrag wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes zu bestimmen. Er soll dabei auch für die einzelnen Nummern des Zolltarifs verschiedene Zeitpunkte für das Inkrafttreten bestimmen können. Das gesamte Gesetz soll mit Ausnahme der Zölle für einige Eisenwege zunächst vom 1. Okt. 1925 ab Geltung haben. Das Gesetz tritt mit Ablauf des 31. Juli 1927 außer Kraft.

Der dritte Antrag des Kompromiß bestimmt, daß die Zölle durch vertragsmäßige Abmachungen bei Rindvieh und Schlagschweinen nicht unter 13 Mark, bei Schafen zu Schlachtzwecken nicht unter 13 Mark und bei Schweinen nicht unter 14,50 Mark pro Doppelzentner Lebendgewicht herabgesetzt werden sollen.

Der vierte Antrag bestimmt, daß bis zum 31. März 1926 u. a. für folgende Waren des Zolltarifs folgende Zölle erhoben werden: Roggen 3.—, Weizen 3,50, Gerste 3.—, Buchweizen 3.—, Reis 2,50 pro Doppelzentner, für Fleisch, ausschließlich Schweinefleisch und frisches Schweinefleisch 21.—, für Schweinefleisch 24.—, für Schmalz und schmalzartige Fette 6.—, Butter 22,50, für Mehl und Getreide mit Ausnahme von Hafer 8.—, für Mehl und Hafer 10.—, sonstige Mehl-erzeugnisse 20.—, Weizenmehl 40.—, Weizenmehl 40.—, ferner wird für frische Kartoffeln bis zum 15. Febr. ein ermäßigter Zollfuß von 0,25 Mark erhoben.

Im fünften Abschnitt wird die Reichsregierung ermächtigt, Gefrierfleisch im Rahmen der bisherigen Einfuhr zollfrei zu lassen, sofern es für Gemeindefleisch ist, die das Gefrierfleisch zum Selbstkostenpreis oder mit einem mäßigen Aufschlag minderwertigen Schichten zuführen, und sofern die Gewähr gegeben ist, daß ein Mißbrauch verhütet wird. Antrag 6 bestimmt: Die Reichseinnahmen aus den Zöllen für Roggen, Weizen, Rindvieh, Schafe, Schweine, Schweinefleisch und Mehl sind für Zwecke der Gewährung von Wohlfahrtsrenten an Anstalten und Vereinigungen der freien und kirchlichen Wohlfahrtspflege, die Aufgaben in der öffentlichen Wohlfahrtspflege erfüllen, sowie Anstalten für wissenschaftliche Förderung zu verwenden. Hierzu sind aus den Einnahmen alljährlich 10 Millionen Reichsmark im ordentlichen Haushalt bereitzustellen.

Auf Antrag der Demokraten und Sozialdemokraten vertrat sich der Ausschuß nach Verlesung der Kompromißanträge auf Donnerstag, um den Parteien Gelegenheit zu geben, zu dem Kompromiß ihre Stellung festzusetzen.

Lohnbewegung bei der Reichsbahn

In Berlin beschloß nach einer Meldung des „Vorwärts“ sämtliche Eisenbahnerorganisationen, die zu einer Besprechung über die Lohnfrage zusammengetreten waren, eine Eingabe an die Deutsche Reichsbahngesellschaft zu richten, in der eine weitere Sinaussetzung einer Befoldungserhöhung als untragbar bezeichnet wird. Unter Bezugnahme auf die Besprechung der Spitzenorganisationen beim Reichslanzler, in der die Reichsregierung eine Befoldungserhöhung ablehnte mit der Begründung, daß eine solche Erhöhung zu einer Tarifsteigerung führen müsse, erklärten die Verbände, sie seien bereit, ihre gegenteilige Auffassung in einer notwendigen Besprechung darzulegen. Sie eruchen daher die Reichsbahngesellschaft, den frühesten Zeitpunkt zu bestimmen, an dem die Hauptverwaltung bereit sei, die Organisationen zu einer Aussprache einzuladen. — Der „Täglichen Rundschau“ zufolge sollen die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohnvertrages Mitte August stattfinden.

Ein deutsch sprechender Richter in Verdiers. Nach einer Meldung des „Berl. Tageblatt“ hat der belgische Minister für die Anstellung eines deutsch sprechenden Richters in Verdiers beschlossen, um den Bedürfnissen der von Deutschland abgetretenen Gebiete nachzukommen.

der Verteilung der Steuerlasten wird die Gemüter mehr als vieles andere bewegen, und die Frage, inwieweit der Konsum mit Hochzollzuschüssen belastet werden soll, wird sich auch nur unter den größten Schwierigkeiten befriedigend beantworten lassen. Wenn es sich hierbei im wesentlichen auch um reichsrechtliche Gesetzmaterien handelt, vom Kampf um deren Gestaltung bleibt die Landespolitik nicht unbeteiligt.

Das Thema: Landwirtschaft steht gleichfalls dauernd zur Erörterung. Man mißverstehe mich nicht, die Landwirtschaft in Baden bedarf der Staatshilfe, ohne diese gäbe es für viele Landwirte keine Existenzmöglichkeit mehr. Die durch die Auswirkungen der Inflation in der Landwirtschaft hervorgerufene Entschuldung macht bereits wieder einer neuen Verschuldung Platz. Infolgedessen muß alles das, was zur Erhaltung der Existenz der Landwirtschaft notwendig ist, die wohlwollende Pflege des Staates erfahren. Aber die Erfüllung dieser Aufgabe darf nicht zur Vernachlässigung der Interessen anderer sozialschwacher Kreise des Volkes führen. Verbraucher (im engeren Sinne des Wortes verstanden), Mieter und Lohnempfänger befinden sich gleichfalls in großer Notlage. Diese Kreise steuerlich viel stärker zu belasten, als die Landwirtschaft, ist ein Unrecht.

Baden entwickelt sich lebhaft zu einem Industriestaat. Die Pflege von Industrie, Handel und Gewerbe ist somit gleichfalls eine wichtige Staatsaufgabe. Eine allzu einseitige, nur zu Lasten dieser Erwerbsgruppen gehende Steuerpolitik würde sich bald rächen. Wichtige Interessen der Industriebevölkerung würden dadurch gefährdet, ohne daß daraus der Landwirtschaft ein Nutzen erwächst. Eine zahlungsträchtige Industrieerwerbskraft nähert den Bauernstand. Unfrieden zwischen diesen zwei großen Volksteilen, ein beiderseitiges Nichtverstehen führt zum sozialen Abstieg.

Der Landbund hat zur Verschärfung dieser Lage viel beigetragen. Die Demokratie mußte ihm bereits durch Abgabe vieler Wähler ihren Tribut zahlen. Das Zentrum empfindet

Beitritt Deutschlands zur internationalen Handelskammer

Die internationale Handelskammer teilt unterm 22. Juli offiziell mit: Heute hat der Verwaltungsrat der internationalen Handelskammer einen Antrag Deutschlands auf Aufnahme in die Kammer erhalten. Unter Zustimmung zu ihren Grundsätzen wählte der Verwaltungsrat daraufhin die fünf folgenden deutschen Spitzenverbände einstimmig zu Mitgliedern: den deutschen Industrie- und Handelsstag, den Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, den Reichsverband der deutschen Industrie und den Zentralverband des deutschen Großhandels. Diese Verbände werden der Satzung der internationalen Handelskammer entsprechend eine deutsche Landesgruppe bilden, der die Vertretung Deutschlands in der Kammer obliegen wird und deren Geschäftsführung sich vorläufig beim deutschen Industrie- und Handelsstag in Berlin befindet.

Waffen in der Pfalz verboten

Die vom bayerischen Gesamtministerium erlassene Verordnung über die Führung von Waffen in der Pfalz wurde von der Besatzungsbehörde mit folgender Begründung abgelehnt: Zurzeit wird keine Möglichkeit gesehen, den Erlaß im besetzten Gebiet auszuführen, da dessen Bestimmungen die diesbezügliche Gesetzgebung der Rheinlandskommission entgegenstehen. Falls jedoch die deutschen Behörden in der Lage wären, der Rheinlandskommission eine neue Fassung gemäß den Vorschriften und Bestimmungen der Rheinlandskommission vorzulegen, soll die Angelegenheit erneut einer Prüfung unterzogen werden.

Französische Beratungen über die interalliierten Schulden

Finanzminister Caillaux und Außenminister Briand haben in Anwesenheit von Sachverständigen der ihnen unterstellten Ministerien über die interalliierten Schulden beraten. Es wurde von dem bisherigen Meinungsaustausch in Washington und in London Kenntnis genommen. England gegenüber bleibt danach nur noch ein streitiger Punkt übrig und zwar, ob Frankreich, wenn Deutschland nicht erfüllt, für die Zahlung der Schulden an England voll eintreten muß. — Im Monat September soll eine französische Finanzmission nach den Vereinigten Staaten entsandt werden, der wahrscheinlich der Abg. Franklin-Voullain angehören wird. Auch Caillaux hat die feste Absicht, sich wenigstens für einige Tage nach Amerika zu begeben.

„Matin“ glaubt sagen zu können, die in Washington abgeschlossenen Vorbesprechungen über die Dauer des Frankreich zu gewährenden Moratoriums, sowie über die Zahl der Annuitäten, durch die die französischen Zahlungen geleistet werden sollten, hätten ermutigende Ergebnisse erzielt.

Beilegung der Meinungsverschiedenheiten im Flottenbauprogramm

Wie Neuter hört, sind die Meinungsverschiedenheiten im englischen Kabinett hinsichtlich des Flottenbauprogramms beigelegt. Es ist ein Kompromiß durch das aktive Eingreifen des Premierministers Baldwin erzielt worden. Danach soll der Bau von 3 oder 4 Kreuzern im Dezember 1925 und der Bau von 3 weiteren Kreuzern im Jahre 1926 begonnen werden. Wie es heißt, hat sich das Schicksam mit diesem Programm einverstanden erklärt in der Voraussetzung, daß die Admiralität eine wesentliche Verminderung der Verwaltungskosten durchführt.

Beislagnahme von Organisationsmaterial der R. V. D.

W.D. Gera, 23. Juli. Auf Veranlassung des Oberreichsanwalts wurde in den Geschäftsräumen der Neuen Zeitung nach vorheriger Besetzung des Hauses das gesamte Organisationsmaterial der Kommunistischen Partei in 75 Wappens beschlagnahmt. Gleichzeitig fanden zehn Hausdurchsuchungen in verschiedenen anderen Stadtteilen statt. In Göttingen wurden ebenfalls Hausdurchsuchungen gehalten. In Gera erfolgten zwei Verhaftungen.

Schwere Gewitter in Thüringen. Den Blättern zufolge richteten in den letzten Tagen im Schwarzatal in Thüringen schwere Gewitter mit Wolkenbrüchen großen Schaden an. Einige Eichenbäume wurden durch Erdbeben und Steinerschlag so schwer beschädigt, daß der Zugverkehr unterbrochen werden mußte. Die Getreideernte ist teilweise völlig vernichtet. In Wülfel wurde ein Kind, in Bräching eine Landwirtsfrau vom Blitz erlag. Verschiedene Geflügel wurden durch Blitzschlag eingekerkert.

Das Kriegserlöb von Amiens beurteilte den deutschen Oberleutnant Wächter wegen angeblich im Jahre 1914 begangenen Mordes und Brandstiftung in Contumaciam zum Tode.

ebenso die Konkurrenz durch den Landbund und will sich ins folgebessene von diesem nicht übertrumpfen lassen, eine Taktik, die, gerade vom Standpunkt der Wahrung landwirtschaftlicher Interessensvertretung aus gesehen, nicht unbedeutend erscheint. Es sei nur an die Kämpfe um die Gestaltung der Gebäude-sondersteuer erinnert.

Solches Geschehen und Erleben belastet begreiflicherweise die Koalitionspolitik. Ihr Weg wird dadurch steiniger, rauher. Aus den gelegentlichen Lockrufen der liberalen Volkspartei zum Zentrum und zur Demokratie hinüber ist wohl zu erkennen, daß sie die Zeit für gekommen hält, um die Sozialdemokratie aus dem Sattel heben zu können. Doch so einfach gestaltet sich die Kursänderung in der badischen Politik sicherlich nicht.

Wie aber auch die Entwicklung in der Frage der Erhaltung der bisherigen Regierungskoalition gehen mag, die Sozialdemokratie wird ihr in ruhiger Haltung gegenüberstehen; sie wird sich zwar bemühen, die der Koalition entstehenden Schwierigkeiten zu meistern, in der Erwartung, daß Demokratie und Zentrum das gleiche tun. Bringen die Koalitionsparteien das nicht fertig, dann werden eben andere politische Parteien, die der republikanischen Staatsform innerlich weniger zugeneigt sind, den Gewinn davon haben. Der Wechsel der Partei in der Herrschaft ist bekanntlich ein natürlicher Vorgang in einem parlamentarisch regierten Lande. Der Einfluß der politischen Parteien auf die Gestaltung der politischen Geschehnisse des Landes ist jetzt zwar größer, als es im alten Obrigkeitsstaat gewesen war, der vorgezeichnete Weg, um zu diesem Einfluß zu gelangen, aber auch sehr viel steiniger als früher. Die Frage der Verantwortung ist es, durch welche die politische Arbeit heutzutage belastet ist ohne rückhaltlose Anerkennung der Staatsnotwendigkeiten und ohne Erziehung der Parteianhänger zum Staatsbewußtsein geht es da einfach nicht. Nur so kann der Weg vorwärts und aufwärts führen!

Kurze Nachrichten

Papstliche Ernennungen. Anlässlich des 60jährigen Priesterjubiläums des Bischofs Maximilian v. Lingg hat Papst Pius XI. den Domdekan Friesenegger, den Domkapitular Dr. Eberle und Generalvikar Müller zu päpstlichen Hausprälaten und den Generalvikar Müller zum päpstlichen Geheimsekretär ernannt.

Zur Friedensmiete in Württemberg. Im Landtag wurde bei der dritten Lesung des Etats von sozialdemokratischer Seite beantragt, den bereits in zweiter Lesung angenommenen Antrag auf sofortige Einführung der Friedensmiete aufzuheben. Das Zentrum beantragte, die Frage der Einführung der Friedensmiete dem Finanzausschuss zu überweisen. Dieser Antrag wurde angenommen, wodurch der in zweiter Lesung gefasste Beschluss außer Kraft gesetzt wird.

Betriebs Einstellung. Der der bayerischen staatlichen Bergverwaltung unterstellte Bergwerksbetrieb in Ahtal soll Mitte August geschlossen werden, da bei den hohen Frachtpreisen die Fabrikation der zu verarbeitenden Erze sich nicht mehr lohnt.

Das Urteil im „Affenprozess“. Der Lehrer Scopes, der beschuldigt worden war, die Gesetze des Staates Tennessee dadurch verletzt zu haben, daß er in der Schule die Darwin'sche Entwicklungslehre vortrug, wurde vom Gericht schuldig gesprochen und zu 100 Dollar Geldstrafe verurteilt.

Streikbeschluss der englischen Bergarbeiter. Die Entschließung der Bergarbeiter, den Streikbeginn auf den 31. Juli festzusetzen, erklärt, es seien Vorkehrungen getroffen, daß die unumgänglich notwendige Zahl von Arbeitern zur Sicherung der Gruben bereitgehalten werde.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Das Steuerverteilungsgesetz

Karlsruhe, 28. Juli. Dem Landtag ist heute der Entwurf zur **Änderung des Steuerverteilungsgesetzes** auf Grund des **Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern** zugegangen. Die Länder und Gemeinden erhalten nach der vorläufigen Regelung des Finanzausgleichs 90 Prozent des Aufkommens an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer sowie 20 Prozent des Aufkommens an Umsatzsteuer. Nach der dem Entwurf für den endgültigen Finanzausgleich beigegebenen Schätzung des Reichsfinanzministers ist der Gesamtbeitrag an Einkommen- und Körperschaftsteuer für das Rechnungsjahr 1925 auf zwei Milliarden Reichsmark zu schätzen. 90 Prozent davon ergibt für sämtliche Länder einen Gesamtanteil von 1800 Millionen RM. Für das Land Baden wird man bei vorläufiger Schätzung mit einer Gesamtbeteiligung von 3,33 Prozent (zurzeit noch 3,44 Prozent) rechnen dürfen, mit anderen Worten: mit einem Anteil von 30 Millionen RM. Bei der Umsatzsteuer schätzt das Reich das Gesamtaufkommen für 1925 auf 1500 Millionen RM. Die Länder sind hieran insgesamt mit 20 Prozent gleich 300 Millionen RM. beteiligt. Das Land Baden erhält von dieser Gesamtanteile bei einer Verteilung nach der Bevölkerungszahl für sich und seine Gemeinden 3,73 Prozent gleich 5,595 Millionen RM. Zusammen also ist die Verteilungsmasse für Land und Gemeinden im ersten Halbjahr 1925 auf 35,595 Millionen RM. zu schätzen.

Für die zweite Hälfte des Rechnungsjahres 1925 fehlt es noch an jeder gesetzlichen Grundlage. Erst der endgültige Finanzausgleich mit dem Reich wird Klarheit schaffen. Inzwischen aber wird man annehmen können, daß die Verteilung von Land und Gemeinden in ihrem finanziellen Ergebnis nicht wesentlich von den Zahlen der ersten Hälfte des Rechnungsjahres abweicht. Insgesamt dürften also für das Rechnungsjahr 1925 aus Anteilen an Überweisungssteuern — abgesehen von dem Anteil an der Grunderwerbsteuer — für das Land und seine Gemeinden 71 190 000 RM. zur Verfügung stehen. Stellt man dem die Überweisungen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie aus der Umsatzsteuer für 1924 mit einem Gesamtbetrag von 91 281 000 RM. gegenüber, so ergibt sich ein Ausfall von nicht weniger als 20 041 000 RM. Mit einem so empfindlichen Minderertrag müssen Land und Gemeinden für 1925 bei den Überweisungssteuern rechnen. Dieser Zustand wird in der Begründung, welche die Regierung der vorliegenden Novelle beigegeben hat, für untragbar erklärt.

Wiener Operette im Konzerthaus

Das Musikantenmädlein

Aufs neue brachte das Wiener Operettensembel Georg Jaczso's „Musikantenmädlein“ heraus, und auch von dieser nunmehr fünften Gabe, welche die Sommeroperette uns spendete, kann man berichten, daß sie gut vorbereitet war. Ob die Lokal- und Personalschilderung, wie sie die diesmalige Aufführung zeigte, an sich historisch richtig war, wollen wir freilich nicht entscheiden. Es kommt darauf auch gar nicht an. Der Komponist nahm Josef Handl ja auch nur, weil er als einer der populärsten und fröhlichsten Komponisten bekannt ist und als solcher es immerhin verzeiht, wenn eine vielbelächelte Episode aus seinem Musikantenleben einmal operettenhaft zurechtgestutzt wird. Bei **Willi Stadler**, der das Werk inszenierte und selbst durch die Inhaberschaft der Hauptrolle vor empfindlicher Entgeißelung bewahrte, hatte man zudem die absolute Gewissheit, daß sich in das hübsche, vorläufige Zeitgemälde keine schamlosen Fehler einschlichen.

Dies charakterisierte auch die übrige Besetzung. **Wima von Damario** verdient wiederum rüchichtslose Anerkennung, weil sie als Musikantenmädlein — als **Kuhmagd** **Reisel** — so rüchichtslos war, recht natürlich und frisch zu wirken. Daß auch **Junge von Heer** die Tänzerin **Elena Montebelli** entzückend hervorhob, versteht sich ohne weiteres. Aus der Riste der anderen Mitwirkenden sind noch als Anteilseigner des Erfolges hervorzuheben **Dorrit Weiser** (Prinz Esterhazy), **Karl Viktorius** (Lehrer), **Frits Walentin** (Peter) und **Adolf Schlieffer** (Fürst). Ein anscheinend erweiterungsfähiges örtliches Talent entdeckte man in **Senta Hermsdorff** (Großbäuerin). Der Partitur, deren Harmonisierungen man zuweilen zwar einen leisen inneren Widerstand entgegenzusetzen geneigt ist, gab **Wika Weiss** ein reinliches Aussehen: alles in allem ist die Neueinführung also ohne falschen Jungensschlag erfreulich zu nennen. S. Sch.

Postbezieher

Die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat August noch nicht erneuert haben, wollen dies **unverzüglich** tun, damit in der Befreiung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

Die Regierung führt aus, daß der gegenwärtige Entwurf zwei Hauptaufgaben zu erfüllen habe:

a) die Aufteilung der drei großen Überweisungssteuern zwischen dem Land einerseits und der Gesamtheit der Gemeinden andererseits so zu gestalten, daß die Lösung der Grundfragen einer gesunden Finanzwirtschaft entspricht;

b) die Verteilung des Gesamtanteils der Gemeinden unter die einzelnen Gemeinden so zu gestalten, daß die im bisherigen Verteilungsverfahren herorgetretenen Mängel hinsichtlich beseitigt werden.

Die Vorlage erstreckt diese Lösung nach folgenden Richtlinien:

1. Aus den Überweisungen an Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer wird eine Gesamtmasse gebildet, die nach einheitlichen Grundsätzen verteilt wird. Aus dieser Gesamtmasse wird von vornherein ein Landesanteil in Höhe von 85 Prozent und ein Gemeindeanteil in Höhe von 15 Prozent ausgeschieden. An dem Gemeindeanteil werden die Kreise mit einer Schlüsselzahl von 3,5 Prozent beteiligt.

2. Die Unterverteilung unter die einzelnen Gemeinden und Kreise erfolgt nach folgenden Grundsätzen:

a) Bei der Verteilung der Gemeindemasse werden drei Gruppen gebildet. Die erste Gruppe (umfassend die Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern) erhält insgesamt 85 Prozent des Gemeindeanteils, die zweite Gruppe (umfassend die Gemeinden von mehr als 3 000 und nicht mehr als 10 000 Einwohnern) 14 Prozent, die dritte Gruppe (mit den Gemeinden von nicht mehr als 3 000 Einwohnern) 21 Prozent. Innerhalb der einzelnen Gruppen erfolgt die Verteilung auf Grund der von den Finanzämtern festgestellten Berechnungsanteile, wobei in der ersten Gruppe die Hofzahl, in der zweiten Gruppe die Hofzahl und in der dritten Gruppe die Hofzahl und die Einwohnerzahl den Berechnungsanteilen zugesprochen wird.

b) Der Kreisanteil wird nach Maßgabe der für die einzelnen Kreise im Rechnungsjahr 1924 festgestellten Anteile aufgeteilt.

3. Die bisher geltende Verteilung der persönlichen Schul-lasten bleibt bestehen.

4. Der Lastenausgleichs-fond wird aufgehoben.

5. Dieser neue Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden tritt mit dem 1. April 1925 an die Stelle der bisherigen Vorschriften. Er bleibt solange in Kraft, bis an seine Stelle der endgültige Finanzausgleich mit den Gemeinden tritt.

Der 2. Nachtrag im Haushaltsaus-schuss

Bei der fortgesetzten Beratung des zweiten Nachtrags zum Staatsvoranschlag wurde bei dem Titel „Wissenschaft und Kunst“ der Antrag des **Spielhaldersammlung in Reustadt i. Schw.** genehmigt. Zur Drücklegung des großen Wertes über die Geschichte der **Abte Reichenau**, herausgegeben durch Geheimrat Dr. **Werner München**, soll der Betrag von 2000 auf 8000 Mark erhöht werden. Für das barocke **Überlinger Münster** sollen 20 000 M. und für die **Karlsruher Kunsthalle** 10 000 M. bewilligt werden. Eine Abstimmung hierüber wurde aber noch nicht vorgenommen.

Bei der Beratung über die Dotationen an die Kirchen gab es einen starken Heiterkeitserfolg. Der kommunistische Vertreter stimmte gegen die Position, die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme. Der Kommunist hielt wieder seine bekannte kulturpolitische Rede und witterte scharf gegen die laufenden und fortwährenden Anforderungen für die Kirchen. Daraus erwiderten die Sozialdemokraten, die Kommunisten seien schuld daran, daß das Dotationsgesetz statt nur bis 1926 nun bis 1928 verlängert worden sei; denn gerade der damalige kommunistische Vertreter, dessen Stimme entschieden gewesen sei, habe für die Verlängerung gestimmt. Dies wollte der heutige Vertreter der Kommunisten anfangs nicht glauben. Nachdem ihm aber die Tatsache wiederholt versichert worden war, erklärte er, dann hätte eben der frühere Vertreter der Kommunisten an mangelnder Einsicht gelitten, dann habe eben dieser nicht verstanden, um was es sich gehandelt habe. Darob gab es selbstverständlich schallende Heiterkeit im ganzen Ausschuss, denn diese Erklärung gab ein genaues Bild der parlamentarischen und politischen Fähigkeit des Mannheimer kommunistischen Abgeordneten.

Bei dem Titel „**Höhere Lehranstalten**“ wurde von verschiedenen Rednern ausgeführt, bei der Besetzung von Direktorenstellen dürften keine politischen oder konfessionellen Gesichtspunkte mitspielen. Von einem Zentrumsredner wurde dabei auf einen im Jahre 1898 geschriebenen Brief des ehemaligen Großherzogs verwiesen, der, wie der Zentrumsabgeordnete bemerkte, ein deutlicher Beweis für die Zurücksetzung der Katholiken zu jenen Zeiten sei. Staatspräsident Dr. **Hellpach** bezeugte es als verhängnisvoll, wenn bei der Besetzung der Direktorstelle eine konfessionelle Staffelt über Lehrer und Schüler aufgemacht werde. Das Entscheidende müsse die Qualifikation sein. Von demokratischer Seite wurde gemüht, daß Momente der Konfession und der Politik auszuschließen hätten.

Im weiteren Verlauf der Beratungen betonte Staatspräsident Dr. **Hellpach**, man müsse überlegen, ob nicht für die höheren Lehranstalten Aufsichtsposten (nach Gruppe XIII) geschaffen werden sollen. Was die jetzt einzuführende deutsche Oberschule anbelange, so dürfe man darauf keine allgroße Hoffnungen setzen. Diese Oberschule sei nicht weiter als eine variierte Oberrealschule.

Gelagert wurde dann auch über **Auswüchse**, die sich hinsichtlich der **Kleidung der Schüler und Schülerinnen** beim Turnen gezeigt hätten und bezüglich der sexuellen Aufklärung an den Fortbildungsschulen. Das Zentrum stellte den Antrag, daß die Anstellungserhältnisse für Lehrerinnen denen der Lehrer angeglichen werden sollen. Von Regierungsseite wurde mitgeteilt, daß im **Vollschulwesen** auf je drei Hauptlehrer ein Unterlehrer komme. Nach dem Antrag zum Voranschlag würde sich das Verhältnis so ändern, daß auf drei Hauptlehrer ein Unterlehrer komme. In den Landgemeinden sei es oft schwer, Hauptlehrerinnen unterzubringen. Ein vom Zentrum gestellter Antrag, nach dem 600 nichtplanmäßige Stellen in planmäßige umgewandelt werden sollen, wurde angenommen.

Während der Haushaltsaus-schuss die Hauptabteilung: Staatsministerium betriebe, traf das Telegramm des Finanzministers Dr. **Köhler** aus **Buggingen** ein, daß die **Grabarbeiten im dortigen Kaltwerk** soweit vorgeschritten seien, daß man auf die **Kalischicht** getreten sei und daß damit noch in diesem Späthjahr mit dem **Abtransport des Kalis** begonnen werden könne. Diese Mitteilung löste im Ausschuss freudige Genugtuung aus.

Bei der Beratung des Titels „**Staatsministerium**“ gab es eine längere Aussprache wegen der Höherstufung eines Referenten in diesem Ministerium. Schließlich wurde die Position zurückgestellt.

Die Fälle Gumbel und Marschall v. Bieberstein

In Ergänzung unseres gestrigen Artikels über den **Freiburger Universitäts-Professor** **Herr Marschall v. Bieberstein** berichtet der **„Bad. Beobachter“** über die Behandlung der Fälle **Gumbel** und **v. Bieberstein** folgendes:

Auf eine Anfrage eines deutschnationalen Abgeordneten, was die Regierung im Falle **Gumbel-Heidelberg** zu tun gedenke, entspann sich eine überaus lebhaftige Debatte, die ein Vertreter der soz.-dem. Fraktion mit einem energischen Vorstoß gegen die Regierung einleitete. Nachdem aber der Staatspräsident weitere Erläuterungen gegeben und mitgeteilt hatte, daß sogar die jüdischen Glaubensgenossen in Berlin sich gegen eine Berufung **Gumbels** gewehrt hätten, so legten sich die Bogen etwas. **Gumbel** hat besonders in seinem Buch: **„Verschwörer“** jede nationale Würde vermissen lassen und die vaterländischen Interessen gefährdet und die Gefühle aller, die ihr deutsches Vaterland lieben, empfindlich verletzt. Immerhin waren sämtliche Fraktionen der Ansicht, daß die Veröffentlichungen des Beschlusses von Seiten der **Rechtsverwaltung** ungewöhnlich und zu mißbilligen sei.

Ein Vertreter des Zentrums stellte der Regierung die Frage, was im Falle **v. Marschall-Freiburg** festzustellen sei, und wie die Regierung diesen Fall erledigt habe. Der Staatspräsident meinte zunächst scherzend, es habe ihm ein Teilnehmer des Festalles gesagt: das Schlimmste an der Sache sei überhaupt das gewesen, daß man über eine Stunde „angeschaut“ worden sei. Der Hochschulprofessor hielt seine Festsprache über **„Gefeh und Recht“** in stühigen Tönen! Dabei unterließen ihm verschiedene Dinge, die ein Eingreifen der Staatsregierung zur Folge haben mußten. Die eine Entgegnung galt der **Kirche** bezw. der **„cathedra Petri“**, wie sich der Redner ausdrückte, die andere war eine Verächtlichmachung von Männern der neuen Regierung. Professor **v. Marschall** hat sich nachher entschuldigt. In seinem Manuskript erschienen die inkriminierten Stellen in Korrektur. Das Manuskript als solches wurde der Regierung nicht vorgelegt. Weiteres ist nicht mehr festzustellen. Die Regierung sah sich genötigt, einen Verweis zu erteilen.

3. Wettkampf für polizeiliche Körperausbildung in Karlsruhe

Ergebnis vom 22. Juli 1925

100 m Schwimmen (Müden): Start-Nr. 14 Streifenm. **Kohl**, Heidelberg 1: 47,8; 314: **Polmann Gruber**, Schule 1: 48; 441: **Wachm. Schwab**, Pforzheim 1: 51.

Sprünge vom Federbett: Start-Nr. 9: **Kottenm. Fodler**, Heidelberg 2 1/2 Pkt., 86: **Streifenm. Ruf**, Mannheim 2 1/2, 8: **Kottenm. Bismann**, Heidelberg 26, 52: **Wachm. Köbele**, Mannheim 2 1/2, 109: **Kottenm. Jung**, Karlsruhe 2 1/2.

4x50 m Lagenstaffel: **PolSchule Karlsruhe** 2: 51,1 **PolVereinsch. Heidelberg** 2: 56, **PolVereinsch. Freiburg** 3: 10,4.

10 km Geländelauf: Start-Nr. 184: **Wachm. Schöngig**, Freiburg 34: 21,6; 28: **Streifenm. Eppel**, Heidelberg 34: 22,7; **Oberwachm. Raier**, Darmstadt (außer Konf.); 234: **Streifenm. Sint**, Rastatt; 188: **Kottenm. Frei**, Freiburg; 41: **Streifenm. Trunt**, Heidelberg; 200 **Streifenm. Gale**, Freiburg; 165: **Streifenm. Roser**, Karlsruhe; 217: **Streifenm. Tränkle**, Freiburg; **Streifenm. Schner**, Heidelberg; 327: **Polmann Staber**, Schule; 310: **Polmann Bau**, Schule.

10 km Geländelauf (Mannschaftslauf): 1. Freiburg 11 Pkt., 2. Heidelberg 16.

Tauziehen: 1. Einzelpolizei Karlsruhe, 2. PolVereinsch. Heidelberg.

Ringen: Sieger in Gewichtsklasse I (bis 62 Kg.): Start-Nr. 266: **Streifenm. Schmann**, Pforzheim 5 Siege 36: 30, 267: **Lorenz**, Pforzheim 3 Siege 3: 30, 383: **Polmann Metz**, Schule (C) 2 Siege 11: 45.

Sieger in Gewichtsklasse II (62-75 Kg.): Start-Nr. 158: **Kottenm. Fischer II**, Karlsruhe 7 Siege 15: 59, 256: **Wachm. Mund**, Pforzheim 6 Siege 15: 48, 52: **Wachm. Köbele**, Mannheim 4 Siege 11: 55, 118: **Streifenm. Kübler**, Karlsruhe 3 Siege 18: 07, 271: **Streifenm. Hambrecht**, Pforzheim 2 Siege 27: 41.

Sieger in Gewichtsklasse III (über 75 Kg.): Start-Nr. 408: **KrimMf. Wiedmaier**, Karlsruhe 5 Siege 32: 30, 189: **Kottenm. Langenbach**, Freiburg 3 Siege 11: 26, 439: **KrimMf. Sch.**, Pforzheim 2 Siege 2: 29, **Schred I** Sieg 10: 00.

4x100 m Staffel für Vorklassiker: **Polizeischule Klasse B** 48,4.

4x100 m Staffel beliebig (Schwimmen): **Polizeischule Karlsruhe** 6: 54; **PolVereinsch. Mannheim** 7: 19,2; **PolVereinsch. Karlsruhe** 7: 35,7.

Berichtigung zum Ergebnis des 12. Kampfes

Unterstufe vom 22. Juli, 1925: Polizeimeister Kaiser II, Schule 197 Pkt., **Streifenmeister Lorenz**, Freiburg 192.

Polizeioffizier-Mehrkampf

Einer der bemerkenswertesten und interessantesten Wettkämpfe der Karlsruher Polizeiposttage ist der **Polizeioffizier-Mehrkampf**, der am Donnerstag stattfand. Dieser Wettkampf hebt sich aus dem Rahmen der übrigen polizeisportlichen Veranstaltungen dadurch hervor, daß er in besonderem Maße die Erledigung von schwierigen Aufgaben geistiger Art mit großen körperlichen Anforderungen verbindet. Der Mehrkampf, der wieder im Gebiete des Albtals abgehalten wurde, war als eine polizeiliche Streife in ein Unruhegebiet gedacht. Er wurde teils zu Rad, teils zu Fuß und diesmal auch teils zu Pferd — eine Neuerung, die für notwendige polizeiliche Streifen in gebirgigem Gelände von besonderer Wichtigkeit ist — ausgeführt. Der Aufgabenteil des Wettkampfes war sowohl nach der körperlichen, wie nach der geistigen Seite hin sorgfältig und unter eingehender Berücksichtigung aller aus der Eigenart des polizeilichen Dienstes erwachsenden Anforderungen aufgearbeitet.

Am Startplatz der Kirche von **Dummersheim**, stellten sich 11 Polizeioffiziere den Preisrichtern. Die vorgezeichnete Strecke betrug 55,3 Kilometer; sie war unter Einrechnung der für die schriftlich zu lösenden Aufgaben angelegten Zeit, in 440 Minuten zurückzulegen. Die Bewertung der Gesamtleistungen erfolgte nach Punkten, wobei die Leistungen der nicht einfachen polizeilichen Aufgaben, die innerhalb einer kurz bemessenen Zeit schriftlich niedergelegt werden mußten, eine besondere Berücksichtigung erfuhren.

Das Wetter, das anfangs für den Wettkampf recht günstig war, brachte gegen Mittag starken Wind und Regen, der die Teilnehmer an dem Wettkampf oft stark behinderte. Trotz dieser äußeren Hemmnisse und des stellenweise außerordentlich schwierigen Geländes wickelte sich der **Polizeioffizier-Mehrkampf** glatt und ohne Unfälle ab. Die Lösungen der schriftlichen Aufgaben stellten an die geistige Fähigkeit, die Auffassungsgabe und die geistige Spannkraft der Teilnehmer, besonders auch im Hinblick auf die bedeutenden körperlichen Leistungen hohe Anforderungen. Die Ergebnisse sehen sich aus verschiedenen Komponenten zusammen und bedürfen eingehender Prüfung.

Der große Tag der Polizeiwettkämpfe

Der 3. Wettkampf für polizeiliche Körperausbildung wird am Samstag mittag von 4-7 Uhr in einer großen sportlichen Veranstaltung im Rhönig-Stadion im Bildpark, die die Entscheidungskämpfe für Reichsthatletik bringt, seinen Abschluß finden. Es werden auch diesmal wieder Massenfreübungen großen Stils, Freübungen von Musterriegeln, Kärtturnen am Hoch, Jiu-Jitsu, Ringkämpfe, Schausstemmen, Massenpyramiden u. a. gezeigt werden. Besonders Interesse dürften ferner die Polizeihundevorfürungen finden. Zum Schluß erfolgt die Siegerverkleidung und die Preisverteilung. Es dürfte auch diesmal mit einem starken Besuch der Veranstaltung aus allen Teilen der Bevölkerung zu rechnen sein. Das Rhönig-Stadion befindet sich Bildpark (Stutensee-Allee) am Japanengarten.

Die Verfassungsfeier

Die Stadtgemeinden rüsten, um die Verfassungsfeier auch in diesem Jahre würdig zu begehen. Über die letzte Stadtratsitzung in Pforzheim wird bekannt gegeben: „Aus Anlaß der Wiederkehr des Verfassungstages (11. August) wird die Stadt Pforzheim am Vorabend, Montag, den 10. August 1925, eine Feier im Saalbau veranstalten.“

Lohnregelung in der badischen Textilindustrie

Vom Deutschen Textilverband, Landesgruppe Baden, wird uns mitgeteilt: Die bekannt sein dürfte, hat das Reichsarbeitsministerium die Entscheidung über die Lohnstreitfrage in Badischer Textilindustrie nach Baden zurückverwiesen. Die Verhandlungen fanden am Mittwoch vormittag in Karlsruhe statt und führten unter dem Vorsitz des Herrn Gewerbetarates Dr. Panewinkel-Karlsruhe nach dreistündiger Verhandlung zu dem Ergebnis, daß der Schiedsspruch vom 26. Juni für allgemein verbindlich erklärt wurde. Dadurch dürfte der Wirtschaftskrieg für die badische Textilindustrie als gesichert erscheinen.

Aus der Landeshauptstadt

Der Empfang der Teilnehmer am Badener Auto-Tournee durch den Badischen Automobilklub erfolgte am Donnerstag mittag in der Glashalle der Stadtgartenwirtschaft. Im Verlauf des Mahles nahm der Vizepräsident des Klubs, Herring, das Wort, um die Gäste herzlich zu begrüßen. Er ließ namentlich die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden willkommen, so Ministerialrat Dr. Frech als Beauftragten des Staatspräsidenten Regierungsrat Dr. Weismann als Referenten für Verkehrswesen im Innenministerium und Bürgermeister Schneider als Vertreter der Stadtverwaltung. Anwesend waren auch die Präsidialmitglieder Badischer, Württembergischer, Rheinischer und Frankfurter Automobilklubs. Herr Hering verwies auf die ungeheure Bedeutung des Automobils als modernes Verkehrsmittel und gebähte dabei der großen Erfolge, die die Industrie nach dieser Richtung aufzuweisen habe. Der Redner dankte darauf für das Entgegenkommen der Behörden bei Verwirklichung der Robert-Walchard-Fahrt, ferner für die Unterstützung der Presse und nicht zuletzt den Autofahrern selbst, darunter speziell den Motorabfahrern, die bereits glänzende Leistungen vollbracht hätten. Alles in allem zeigte sich, daß sich der Autoport auf gesunden Bahnen bewege. Herr Hering legte sein Glas auf das Gedeihen des Autoportes und fand begeisterten Widerhall. — Oberstleutnant a. D. Schneider vom Ba-

bischen Automobilklub toastete auf die Damen, insbesondere auf Frau Reich-Darmstadt, die als einzige Dame am Automobil-Tournee teilnimmt.

Wegfall der Gasthofkontrolle in Baden. Als der Badische Verkehrsverband mitteilt, werden nach einer ihm zugegangenen Verfügung des Ministeriums des Innern mit Rücksicht auf den Fremdenverkehr regelmäßige persönliche Kontrollen in den Gasthöfen künftig im allgemeinen unterbleiben. Polizeiliche Maßnahmen sind nur vorgezogen, wenn im Einzelfalle ein besonderer Anlaß dazu vorliegt. Nicht zu umgehende Kontrollen sind mit tunsichster Rücksichtnahme auszuüben und ist den Polizeistellen empfohlen worden, mit den Hotelbesitzern oder den verantwortlichen Angestellten zu diesem Zweck geeignete in Verbindung zu treten.

Die Landesbibliothek ist im August wegen baulicher Arbeiten geschlossen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom 24. Juli, 8 Uhr vorm. Die Druckstörungen über Frankreich machten sich schon gestern vormittag durch Gewitter und teilweise ergiebige Regenfälle (Billingen 16, Wertheim 14, Karlsruhe nur 3 Str. pro qm) bemerkbar, denen eine erquickende Abkühlung um rund 7 Grad folgte. Der Einbruch kühler Luftmassen ist heute früh bis zur Linie Borkum-Bien-Belgrad vorgeschritten. Eine über England nach Süden vordringende Hochfrontion veranlaßt Druckanstieg und wird die Druckstörungen über Frankreich und Mitteleuropa zum Verschwinden bringen. Nach 1 bis 2 kühlen noch teilweise bewölkten Tagen wird sich das heitere, warme Sommerwetter wieder einstellen. — Voraussage für morgen: wechselnd bewölkt, vereinzelt noch leichte Regenfälle, mäßig warm.

Kurze Nachrichten aus Baden

W.D. Mastatt, 24. Juli. Fünf Mädchen und ein Bursche aus Langenbrand bestiegen am Donnerstag Abend beim Stauweier eine zum Transport von Zement errichtete Drahtseilbahn. Plötzlich löste sich das Seil und der Wagen saute in schnellem Tempo in die Tiefe. Drei Mädchen waren sofort tot, die beiden anderen starben bald darauf, während der Bursche bewußtlos darniederliegt. Sämtliche Personen stehen im Alter von ungefähr 15 Jahren.

Dr. Konstant, 22. Juli. Der Mord vom Buchhof bei Heiligenberg fand nach zehntägiger Verhandlung vor dem Schwurgericht in Konstanz durch Urteilsspruch am Mittwoch mittag seine Sühne. Bekanntlich wurde am 22. März der 38 Jahre alte Besitzer des Buchhofes, der Landwirt Johannes Schäfer von einem damals noch unbekanntem Täter in seiner Stallung erschossen. Die von der Polizei durchgeführten, zum Teil sehr schwierigen Nachforschungen führten zur Ermittlung des Täters in der Person des 29 Jahre alten Erich Mayer, der in der Nachbarschaft des Buchhofes gelebt hatte. Mit diesem Erich Mayer hatte die Ehefrau des Ermordeten, die 30 Jahre alte Käthe Schäfer ein Liebesverhältnis. Die Frau des Ermordeten, die anfangs zu leugnen versuchte, legte ein Geständnis ab, daß sie um den Mordplan gewußt habe. Der Angeklagte Erich Mayer wurde wegen Mordes zum Tode verurteilt unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Frau Schäfer wurde wegen Beihilfe zum Mord zu 10 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren verurteilt. Die Kosten fallen den Verurteilten zur Last. Der Staatsanwalt hatte für beide Angeklagte die Todesstrafe beantragt.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	24. Juli		23. Juli	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.54	168.96	168.66	169.08
Kopenhagen 100 Kr.	93.13	93.37	91.88	92.12
Italien : 100 L.	15.34	15.74	15.31	15.35
London : 1 Pf.	20.391	20.911	20.390	20.911
New York : 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris : 100 Fr.	19.82	19.86	19.71	19.75
Schweiz : 100 Fr.	81.00	81.20	81.45	81.65
Wien 100 Schilling	69.067	69.207	69.062	69.202
Prag : 100 Kr.	12.425	12.465	12.43	12.47

Zuteilung über 100 Prozent

Karlsruher Börse, (22. Juli). Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Entsprechend den ruhigen auswärtigen Märkten ist Markt still. Bei mittlerem Besuch bleiben die Sätze wegen der Unsicherheit in der Zollfrage klein. Weizen handelsüblich 25.50-26.—, Roggen, neue Ernte, gesund handelsüblich 21.50-22.—, Sommergerste, alte Ernte nicht angeboten. Sommergerste, ausländische je nach Qualität 28-29.—, Wintergerste, neue Ernte 22-23.—, Hafer, ausländischer 21-22.—, Mais mit Sad, alte Ernte 23-24.—, Mais mit Sad, neue Ernte 21.75-22.—, Weizenmehl Mühlensforderung 37.50-37.75.—, Roggenmehl Mühlensforderung 31.50-32.—, Weizenfuttermehl 15.25-16.—, Roggenfuttermehl 15-16.—, Weizenkeie 12-12.50, Roggenkeie 12-12.50, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Viertreiber 17-17.50, Malzkeie 15-15.50, Speisefarstoffel, neue Ernte 12-15.—, Nauffuttermittel: Vofes Wiesenhau, gut, gesund, trocken 6.75-7.25, Luzerne 9.50-10.—, Weizen-Roggenstroh, drahtgepreßt 6-6.50 alles per 100 Kilo, Mühlenfabrikate, Mais, Viertreiber und Malzkeie mit Getreide ohne Sad, Frachtparität Karlsruhe bezw. Fertigungsfabrikate Parität Fabrikation. Wagonpreise. Kleiner Quantitäten entsprechende Zuschläge. Abteilung Weine und Spirituosen. Preise für Kirchwasser höher, sonst Lage unverändert. Abteilung Kolonialwaren. Kaffee, Tee und Sakao im Preise unverändert. Burmarais 0.39, Graupen 0.42, gelbe gepökelte Erbsen 0.35, weiße Perlbohnen 0.43, Linsen mittel 0.80, Schweinefett 2.10, Salatöl 1.20, Kristallzucker 0.75 Markt alles per Kilo.

Verschiedenes

Ein Flugzeugunfall. Das von dem Piloten Hieronymus gesteuerte Flugzeug D 701, in dem sich vier Passagiere befanden, war in Stuttgart wegen eines Maschinendefekts mit Verspätung zum Fluge nach München gestartet. Während des Rückfluges verlor der Führer infolge der Dunkelheit die Orientierung. Mangelndes Licht konnte er den Kompass nicht kontrollieren. Bei einer Notlandung streifte das Flugzeug einen Baum und stürzte zu Boden. Durch den Anprall wurde ein Passagier der etwa 60 Jahre alte Dr. Lindenberg aus Baden-Baden so schwer verletzt, daß er seinen Verletzungen erliegen ist.

Große Waldbrände. In der Lüneburger Heide stehen, wie amtlich gemeldet wird, an der Grenze der Regierungsbezirke Lüneburg und Hannover, vor allem im Kreise Burdorf, etwa 5000 Morgen in Flammen. Zu den Waldbränden bei Gontlin und Mathenow berichten die Wälder, daß etwa 10 000 Morgen Waldbestand in Flammen stehen.

Wiener Operette im städtischen Konzerthaus
Morgen Samstag, 25. Juli, abends 7 1/2 Uhr
Die volkstümliche Operette
Das Musikantenmädchel
von Georg Jarno
Billetts von M. 1.70-6.30 bei F. Müller, Kaiserstr., Zigarren-Brunnert, Kaiserallee, Holzschuh, Werderstraße 48, und an der Tageskasse. € 548
Sonntag 7 Uhr: Gräfin Mariza

Wieden (bad. Schwarzwald)
Gasthaus und Pension zum Hirschen
830 m ü. d. M. Telefon Todtnau 22
Für Sommeraufenthalt bestens empfohlen.
Eigene Landwirtschaft. Anerkannt gute Verpflegung.
Pensionspreis 5 Mark.
€ 590 Der Besitzer: L. Stiefvater.

Bekämpfung der Maul- und Klauen-seuche.
Die Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestand des Wollereibesizers Eduard Fuchs in Karlsruhe, Reisingstraße 56, ist erloschen.
Karlsruhe, den 22. Juli 1925. B.320
Bezirksamt. — Polizeidirektion B. D.3.105

Bekanntmachung Nr. 113.
Den Kaminfegerdienst in Bonndorf im Schwarzwald betr.
Die Stelle des Kaminfegermeisters im Kreisbezirk Bonndorf im Schwarzwald ist neu zu besetzen. Bewerbungen sind bis einschließlich 31. August bei dem Bezirksamt Neustadt schriftlich einzureichen. Später einlaufende Gesuche werden nicht berücksichtigt.
Die Gesuche müssen enthalten Namen, Geburts- und Wohnort, Alter, Familienverhältnisse, Vorbildung und seitherige Tätigkeit.
Der Bewerber ist beizulegen:
1. Eine Beurteilung über die Aufnahme unter die für eine Kaminfegerstelle befähigten Personen auf Grund abgelegter Prüfung.
2. Ein Zeugnis der Ortspolizeibehörde des seitherigen Wohnortes, beziehungsweise, wenn der Bewerber nicht schon längere Zeit an diesem Ort antwosend ist, des früheren Wohn- oder Aufenthaltsortes über den Besitz eines guten Reumunds, sowie beglaubigte Zeugnisse über die seitherige Beschäftigung.
3. Ein bezirksärztliches Zeugnis über eine zur Ausübung des Kaminfegergewerbes befähigende rüstige Körperbeschaffenheit.
Im übrigen wird die Beachtung der Vorschriften des § 3 Kaminfegerordnung empfohlen.
Neustadt, den 21. Juli 1925.
Badisches Bezirksamt.

Bei der nächsten Wahl wählen Sie
im Einkauf von Seifenflocken
EDELWEISS
und Sie haben dann richtig gewählt
Geeignet für alle Wäsche bis zum feinsten Gewebe (für Wolle und Seide ganz besonders zu empfehlen) — Billig und von höchster Waschkraft! Erstprobieren u. dann urteilen!
Paketpreis nur 35 Pfennig
In allen einschlägigen Ladengeschäften zu haben. € 557

Wilhelm Russmann, Seifenfabrik
Telephon 1255 Pforzheim (Baden) Telephon 1255

Wichtig für Bürgermeisterämter, die noch nicht bestellt haben
Die reichs- und landesrechtlichen Kostenvorschriften für badische Justizbehörden
Textausgabe nach dem Stand vom 1. Juni 1925
bearbeitet von
Wilhelm Hofmann Ministerialoberrechnungsrat
Theodor Harisch Ministerialrechnungsrat
XII und 323 Seiten
Preis M 6.—
Dieses neue Buch ermöglicht durch eine sehr übersichtliche Anordnung des Stoffes ein leichtes Auffinden sämtlicher Gesebestzele, ihrer vielen Änderungen und einschlägigen Bestimmungen. Tafeln mit den Reichs- und Landesgebühren für Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher, Zeugen und Sachverständige machen es nicht nur für Gemeinden und Rechtsanwältel, sondern auch für alle, die mit Gericht, Notariat und Grundbuchamt im Geschäftsverkehr stehen, unentbehrlich.
Verlag G. Braun G. m. b. H., Karlsruhe
Karlsruherstraße 14
Druck G. Braun, Karlsruhe.

Karlsruher Milchverjorgung G. m. b. H.
Durch Beschluß der Gesellschafter vom 4. und vom 16. Juni 1925 ist die Gesellschaft aufgelöst worden. Die unterzeichneten Geschäftsführer sind als Liquidatoren bestellt. Alle diejenigen, welche Forderungen an die Gesellschaft haben, werden ersucht, ihre Ansprüche alsbald geltend zu machen. Gleichfalls werden die Schuldner der Gesellschaft um Zahlung der Rückstände ersucht.
Karlsruhe, den 21. Juli 1925.
Dr. Schäfer. P. Kaas.

Carl August Nietten & Co.
Liefen alle Sorten
Ruhrkohlen, Nuß- und Anthracitkohlen
Koks für Zentralheizungen u. Hausbrand
Grudekoks, Holzkohlen
Steinkohlen- und Braunkohlenbriketts
Brennholz
Hauptbüro: Rheinhafen, Nordbeckenstr. 3a
Fernsprecher 6164
Stadtbüro: Kaiserstraße 148,
Fernsprecher 5506 € 283

Neue Räder
für Herren und Damen, sowie alle Ersatzteile erhalten Sie bei
M. B. Düringer, Kronenstr. 18
Emaillieren, Vernickeln
zum Preise von 25 Mark.
Sämtliche Reparaturen
übernehme ich bei promptester
Bedeutung. € 335

Ausgewählte Lese- stücke zum Studium der politischen Ökonomie
Herausgegeben und eingeleitet von
Professor Karl Diehl und
Professor Paul Mombert
Band XII:
Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus. II. Abteilung: Programm und programmatische Grundgebungen
Band XIII:
Grundsätze der Besteuerung
Verlag G. Braun, Karlsruhe, Karlsruherstraße 14.